



### Presseschau vom 23.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

#### Wladislaw Sankin: **Eurovision als Hort der Meinungsdictatur – wie die EBU Weißrussland "auf Linie" bringt**

Die Europäische Rundfunkunion hat ein weißrussisches Lied als zu "politisch" abgewiesen – zur Freude der Gegner des amtierenden Präsidenten Lukaschenko. Dabei stellt das Lied keine politische Hymne dar, wie manche Lieder der ukrainischen Ex-Teilnehmer, sondern Satire. ... <https://kurz.rt.com/2gc9>

#### de.rt.com: **Endloser Krieg – Wie das US-Militär den Abzug aus Afghanistan torpedierte**

Donald Trump stand kurz vor einem historischen Schritt: dem Abzug der US-Truppen aus Afghanistan und Frieden mit den Taliban. Doch immenser Widerstand aus dem Pentagon und Militär machte den Deal zunichte, behauptet der ehemalige Berater des Verteidigungsministers. ...

<https://kurz.rt.com/2gh8>

#### Wladislaw Sankin: **Schändung des Präsidentensitzes in Kiew: Ist die Ukraine ein gescheiterter Staat?**

Nach dem Angriff der Nationalisten auf den Sitz des Präsidenten wundern sich viele Ukrainer, warum die Staatsorgane die Randalie zugelassen haben. Auch werden deren Folgen nicht umgehend beseitigt. Die Staatsmacht scheint ihre Erniedrigung allerdings gar nicht zu bemerken. ...

<https://kurz.rt.com/2gky>

**Paul Linke: „Historisch niedrige Bettenauslastung“ im Corona-Jahr – Experten-Analyse**

Eine Analyse der Krankenhausdaten für das „Ärzteblatt“ zeigt eine „historisch niedrige Bettenauslastung“ in deutschen Kliniken – und das mitten in der „schwersten Gesundheitskrise“. Auch Behandlungsfälle seien im Pandemie-Jahr 2020 um ganze 13 Prozent gesunken, so die Auswertung. ...

<https://snanews.de/20210323/bettenauslastung-corona-1410743.html>

**abends/nachts:**

**snanews.de: USA werfen Russland Luftangriffe in Syrien vor**

Das US-Außenministerium hat Russland beschuldigt, Luftangriffe in der syrischen Provinz Idlib nahe der türkischen Grenze unternommen zu haben. Bei den angeblichen Angriffen soll ein Zivilist getötet worden sein, wie die Behörde am Montag mitteilte.

„Die russischen Luftangriffe auf Idlib in der Nähe von Bab al-Hawa, einem Grenzübergang an der Grenze zur Türkei, haben Berichten zufolge zum Tod eines Zivilisten geführt und den Zugang zu dringend benötigter Hilfe gefährdet. Bab al-Hawa ist nach wie vor der einzige von den Vereinten Nationen genehmigte humanitäre Grenzübergang in Syrien sowie der effektivste Weg, um etwa 2,4 Millionen Syrern jeden Monat lebenswichtige humanitäre Hilfe zu leisten“, teilte der Sprecher des US-Außenministeriums, Ned Price, in einer Erklärung am Montag mit.

Die Zivilbevölkerung, einschließlich des medizinischen Personals und der medizinischen Einrichtungen dürfen „niemals zum Ziel militärischer Handlungen“ werden, hieß es weiter. „Diese Gewalt muss aufhören und wir fordern wiederholt einen landesweiten Waffenstillstand“, so die Erklärung.

Die russische Seite hat bislang keine Stellung zu den Vorwürfen genommen.

Die Vereinigten Staaten hatten Russland und Syrien wiederholt vorgeworfen, Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung der arabischen Republik geflogen zu haben. Moskau wies die Vorwürfe immer entschieden zurück. ...



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/01/1087917\\_0:87:1877:1143\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_4ae5606798033024bf493a9e5cc87126.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/01/1087917_0:87:1877:1143_1440x0_80_0_0_4ae5606798033024bf493a9e5cc87126.jpg)

**de.rt.com: Elon Musk dementiert Spionagevorwürfe durch Tesla-Autos in China**

Tesla-Chef Elon Musk weist Behauptungen zurück, wonach Autos des US-Unternehmens zu Spionagezwecken in China verwendet werden. Es wurde berichtet, dass das chinesische

Militär die Tesla-Fahrzeuge aus seinen Einrichtungen verbannt hat.

Elon Musk, Geschäftsführer des US-amerikanischen Elektroautoherstellers Tesla, behauptet, seine Firma würde "dichtgemacht", wenn Tesla-Fahrzeuge zur Spionage von militärischen Objekten in China eingesetzt würden. Damit reagiert er auf Berichte, wonach das chinesische Militär die Nutzung von Tesla-Autos in seinen Einrichtungen verboten hat. China äußert Sicherheitsbedenken hinsichtlich der Daten, die von in den Autos installierten Kameras gesammelt werden.

"Wenn Tesla in China oder anderswo die Autos zur Spionage verwendet, werden wir dichtgemacht."

Auf einem Entwicklungsforum in Peking, das von der chinesischen Regierung durchgeführt wurde, wandte sich Musk in einer Videobotschaft an die Teilnehmer und erklärte, es sei für seine Firma sehr wichtig, die Vertraulichkeit aller Informationen zu beachten. Außerdem rief Musk zu einer Stärkung des Vertrauensverhältnisses zwischen China und den USA auf. China stellt den größten Markt für das Tesla-Unternehmen nach den USA dar. Im Jahr 2020 machte es etwa ein Viertel des weltweiten Umsatzes des Unternehmens aus.

Die Beziehungen zwischen China und den USA – den beiden größten Wirtschaften der Welt – sind seit Jahren angespannt. Es gibt Streitigkeiten über die Präsenz großer amerikanischer Unternehmen in China und umgekehrt. Im vergangenen Jahr drohte der frühere Präsident Donald Trump, das Videoportal TikTok in den USA zu verbieten, weil er befürchtete, dass Benutzerdaten an die chinesische Regierung weitergegeben werden könnten.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6058a22248fbef6da65a85aa.jpg>

**vormittags:**

**telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 22. März 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.**

**de.rt.com: Idlib: Russland startet erneut Angriffe auf von Dschihadisten besetzte Mineralölanlagen**

Russische Kampfflugzeuge sollen erneut die Stellungen der von der Türkei unterstützten Islamisten in der nordwestlichen syrischen Provinz Idlib bombardiert haben. Türkei forderte Moskau auf, dass die Operation der syrischen Armee in Idlib eingestellt werden müsse. Russische und syrische Kampfflugzeuge sollen erneut die Stellungen der Islamisten in der nordwestlichen syrischen Provinz Idlib nahe der türkischen Grenze ins Visier genommen haben.

In der Nähe der Stadt Sarmada in der Provinz Idlib sei eine Gasanlage getroffen worden.

Dutzende von Containern, die Waren illegal auf einem Parkplatz in der Nähe vom Grenzübergang Bab al-Hawa beförderten, seien beim jüngsten Angriff auf Kraftstoffanlage in Brand gesetzt worden. Ein Twitter-Konto namens "Syriawatan News" berichtete, dass der Russische Luftangriff auf eine Treibstoffanlage zielte, die von Terroristen am Stadtrand von Sarmada genutzt worden sei.

Der libanesische Journalist Hossein Mortada sagte, die russischen und syrischen Luftangriffe, die in der Nähe von Bab al-Hawa und Sarmada im Norden von Idlib stattfanden, hätten den Islamisten schwere Schäden zugefügt, berichtete Press TV.

Der Sprecher der von der Türkei unterstützten sogenannten Syrische Nationale Armee (SNA) im Nordwesten Syriens erklärte, dass Russland versucht habe, in Unterstützung des syrischen Regierung in Damaskus die letzte Rebellenhochburg in Syrien zu "destabilisieren" und dort die "Geschäftstätigkeit" zu stören. Die Luftschläge ließen jedoch keinen bevorstehenden schweren Angriff auf Idlib erwarten.

Seitens Ankaras soll Moskau darüber informiert worden sein, dass die regulären syrischen Streitkräfte den Kampfeinsatz in Idlib einstellen müssten, teilte das türkische Verteidigungsministerium am Sonntag mit. Die türkischen Truppen seien in Alarmbereitschaft versetzt worden. Aus Moskau gibt es bislang zu den jüngsten Luftangriffen keinen unmittelbaren Kommentar.

Vor Kurzen waren im Norden Syriens illegale Ö Raffinerien Ziel von Angriffen geworden. Die Raketen schlugen Anfang März in einer illegalen Ö Raffinerie im Nordsyrien im Gebiet Tarhin nahe der von der Türkei kontrollierten Stadt al-Bab ein, wo systematisch syrisches Rohöl außer Landes geschmuggelt wird. Mehrere Tankwagen waren dabei in Brand geraten und zogen schwere Explosionen nach sich. Die Raketen sollen von russischen Kriegsschiffen abgefeuert worden sein.

Die Ölanlagen in dem von der Türkei kontrollierten Teil der syrischen Provinz Aleppo wurden auch zuvor in den vergangenen Monaten bereits wiederholt angegriffen. Die Gebiete werden von der Türkei und den mit ihr verbündeten Rebellen kontrolliert. Das ganze Ausmaß der Plünderung der syrischen Ölreserven durch die "Rebellen", die von der Türkei und westlichen Verbündeten unterstützt werden, wurde im letzten Jahr bekannt.

Dennoch erobert der syrische Staat weiterhin wichtige Gebiete von Islamisten und anderen von Westen unterstützten Rebellengruppen im ganzen Land mit Unterstützung der russischen Lufthoheit zurück. Syrien und deren Verbündete sind nun dabei, die letzte Dschihadisten-Hochburg Idlib von den Terroristen zurückzuerobern.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6058b42048fbef6db46a7733.jpg>

**dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 22. März 3:00 Uhr bis 23. März 3:00 Uhr**  
Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und

Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: Mörser 120mm – einmal (12 Mörsergeschosse); Scharfschützenwaffen – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

**Donezk (Volvo-Zentrum), Alexandrowka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, starb infolge eines zielgerichteten Schusses eines Scharfschützen der BFU ein Zivilist, geb. 1950.

Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 12.**

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snews.de: **Brüssel zerstörte Beziehungen zwischen Russland und der EU – Lawrow**

Moskau unterhält keine Beziehungen mit der Europäischen Union als Organisation, da Brüssel sie zerstört hat, erklärte der russische Außenminister Sergej Lawrow nach Gesprächen mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi im südchinesischen Touristenort Guilin.

„Wenn Europa diese Beziehungen abgebrochen hat und alle Mechanismen, die man viele Jahre geschaffen hat, einfach zerstört wurden und wir nur einige europäische Länder als Partner übrig haben, die sich von ihren nationalen Interessen leiten lassen wollen, dann führt das wohl objektiv dazu, dass sich unsere Beziehungen zu China schneller entwickeln als das, was von den Beziehungen mit den europäischen Ländern übrig geblieben ist. Ich betone noch einmal, dass es keine Beziehungen zur Europäischen Union als Organisation gibt. Die gesamte Infrastruktur dieser Beziehungen wurde durch einseitige Entscheidungen von Brüssel zerstört“, sagte der russische Chefdiplomat.

„Wenn und wann die Europäische Union ihrerseits es für zweckmäßig halten wird, diese ‚Abnormität‘ in den Kontakten mit Russland zu beseitigen“, werde Moskau bereit sein, die Beziehungen auf der Grundlage von Gleichberechtigung und der Suche nach einem Gleichgewicht der Interessen auszubauen.

„Dennoch gibt es an der Westfront derweil keine Veränderungen. Im Osten haben wir eine sehr intensive Agenda, die jedes Jahr inhaltsreicher wird“, fügte Lawrow hinzu.

Derzeit hält sich Lawrow zu einem Besuch in China auf. Er hat sich bereits mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi getroffen. Am Dienstag sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden. Dann soll der russische Minister nach Südkorea weiterreisen.

Zuletzt hatten sich die Beziehungen der Europäischen Union zu Russland wegen des Falls Nawalny zugespitzt. Die EU hat neue antirussische Sanktionen verhängt.

Das russische Außenministerium bezeichnete die EU-Sanktionen als „Sackgasse und unrechten Weg“ und sagte Gegenmaßnahmen zu. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow erklärte, die Sanktionspolitik gegen Russland erreiche nicht ihr Ziel.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/0f/916552\\_0:0:2951:1660\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_35904d97e52a33ec35fbc4a8e684ef90.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/02/0f/916552_0:0:2951:1660_1440x0_80_0_0_35904d97e52a33ec35fbc4a8e684ef90.jpg)

Lug-info.com: In der LVR sind am 23. März um 9:00 Uhr 3489 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 2910 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 309 Todesfälle.

#### snanews.de: Nordkoreaner erstmals an USA ausgeliefert und vor Gericht gestellt

Ein nordkoreanischer Geschäftsmann ist nach seiner Auslieferung aus Malaysia an die Vereinigten Staaten wegen Geldwäsche vor Gericht gestellt worden. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Reuters. Laut dem US-Justizministerium ist es ein Geheimdienstmitarbeiter.

Nach Angaben des US-Justizministeriums handelt es sich um den 55-jährigen nordkoreanischen Staatsbürger Mun Chol Myong. Der Fall stelle die erste Auslieferung eines Staatsangehörigen der Demokratischen Volksrepublik Korea an die Vereinigten Staaten überhaupt dar, heißt es in einer Mitteilung der Behörde. Die Auslieferung sei nach fast zwei Jahren Gerichtsverfahren erfolgt. Am Montag (Ortszeit) sei der Nordkoreaner erstmals vor einem US-Gericht erschienen.

Mun werde vorgeworfen, im Rahmen eines Plans zur Lieferung von Luxusgütern an Nordkorea Geld über das US-Finanzsystem gewaschen zu haben.

„Er ist der erste nordkoreanische Geheimdienstmitarbeiter, – und der zweite ausländische Geheimdienstmitarbeiter überhaupt – der wegen Verletzung unserer Gesetze an die Vereinigten Staaten ausgeliefert wurde“, zitiert das Ministerium den stellvertretenden Generalstaatsanwalt John C. Demers. In der Anklageschrift werde behauptet, dass Mun Banken betrogen und Geld gewaschen habe, um die von den Vereinigten Staaten und den Vereinten Nationen gegen Nordkorea verhängten Anti-Proliferations-Sanktionen zu umgehen. Mun habe sich zwischen April 2013 und November 2018 mit anderen Mittägern „verschworen, um sich heimlich und betrügerisch Zugang zum US-Finanzsystem zu verschaffen“, teilte das US-Justizministerium unter Verweis auf die Anklageschrift und andere Gerichtsdokumente mit, die am 22. März offen gelegt wurden.

Mun werde vorgeworfen, im Rahmen seiner Geldwäsche-Aktivitäten in Transaktionen im Wert von über 1,5 Millionen US-Dollar US-Banken betrogen und gegen Sanktionen der USA und der Vereinten Nationen verstoßen zu haben. In der Anklageschrift werde des Weiteren behauptet, Mun sei mit der wichtigsten Geheimdienstorganisation Nordkoreas, dem

Generalbüro für Aufklärung (Reconnaissance General Bureau), verbunden – gegen die Behörde seien US- und UN-Sanktionen verhängt.

„Dank der Partnerschaft des FBI mit ausländischen Behörden sind wir stolz darauf, Mun Chol Myong in die Vereinigten Staaten zu bringen, damit er sich der Justiz stellt, und wir hoffen, dass er der erste von vielen sein wird“, äußerte der stellvertretende Leiter der FBI-Abteilung für Spionageabwehr, Alan E. Kohler Jr.

Nordkorea hatte die diplomatischen Beziehungen zu Malaysia nach der Auslieferung abgebrochen.

Ein Gericht in Malaysia hatte dem Auslieferungsantrag in Bezug auf den nordkoreanischen Staatsbürger im Dezember 2019 stattgegeben.

Mun war am 14. Mai 2019 in Malaysia festgenommen worden, nachdem er von einem Bundesgericht im District of Columbia am 2. Mai 2019 angeklagt worden war.

Er lebte seit mehr als zehn Jahren mit seiner Frau und zwei Töchtern in Malaysia. Nach Informationen der nordkoreanischen Seite soll er legitime Außenhandelsaktivitäten betrieben haben.



[https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/17/1403482\\_0:137:3155:1911\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_80cf65bb25d5ac7be12985987a96f70b.jpg](https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/17/1403482_0:137:3155:1911_1440x0_80_0_0_80cf65bb25d5ac7be12985987a96f70b.jpg)

Mzdnr.ru: Am 22. März wurden in der DVR 603 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 168 positiv, bei 51 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

Am 23. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 28.026 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5157 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 20.683 als gesund entlassen, es gibt 2186 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 85 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 46 Fälle mehr als in den vorangegangenen 24 Stunden. Davon wurden 64 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 938 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 466 mit Sauerstoffunterstützung (+28 in den letzten 24 Stunden).

Außerdem wurden in der Folge von 212 Express-Tests 93 Patienten entdeckt, die zuvor eine Coronavirusinfektion durchgemacht hatten. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 316 Patienten entdeckt, die zuvor eine Covid-19 Erkrankungen durchgemacht hatten.

snanews.de: „EU muss Ausmaß ihres Fehlers erkennen“: Peking bestellt EU-Botschafter wegen Sanktionen ein

Aus Protest gegen die Sanktionen der Europäischen Union hat China den EU-Botschafter Nicolas Chapuis einbestellt, wie die Agentur Reuters am Dienstag unter Verweis auf das Außenministerium in Peking mitteilte.

Demnach hat Vizeaußenminister Qin Gang den EU-Botschafter Nicolas Chapuis dazu aufgefordert, dass die EU das Ausmaß ihres Fehlers erkennen und ihn korrigieren müsse, um weiteren Schaden für die Beziehungen zu China abzuwenden.

Am Montag hatten die Außenminister der 27 EU-Staaten nach dem Treffen in Brüssel die Erweiterung der Sanktionsliste „wegen ernsthafter Menschenrechtsverletzungen“ genehmigt. Auf der Liste stünden elf Personen und vier Organisationen aus China, Russland, Libyen, dem Südsudan und Nordkorea, heißt es aus den Normativakten im offiziellen EU-Journal. Auch vier Behörden, Partei-Vertreter sowie eine Einrichtung Chinas seien unter die EU-Sanktionen gefallen. Sie würden für Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückung der Uiguren in der Provinz Xinjiang verantwortlich gemacht. Die Strafmaßnahmen sähen ein Einreiseverbot in die EU und das Einfrieren von Vermögenswerten in der Europäischen Union vor.

Im Gegenzug verhängte China Sanktionen gegen zehn EU-Politiker und vier Institutionen in der EU.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/12/1338078\\_0:0:2667:1500\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_8429092a4831bbb3d59dc4a925c70b07.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/12/1338078_0:0:2667:1500_1440x0_80_0_0_8429092a4831bbb3d59dc4a925c70b07.jpg)

### Dan-news.info: **Kommentar der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zum Tod eines Einwohners von Alexandrowka durch einen ukrainischen Scharfschützen**

Nicht mit Frieden, sondern mit Blut – diese Politik hat das derzeitige Kiewer Regime gegen den Donbass gewählt.

Der Donbass hat sich mehrfach davon überzeugt, dass es den bewaffneten Formationen der Ukraine nicht wichtig ist, auf wen sie das Visier richten – auf einen Soldaten, einen Rentner, eine Frau oder ein Kind. Während die Ukraine auf der internationalen Ebene über Erfolge bei der Einhaltung der Maßnahmen zur Verstärkung der Feuereinstellung berichtet, sterben weiter friedliche Einwohner. Dies geschah auch heute.

In Alexandrowka starb ein Rentner in der Folge zielgerichteten Scharfschützenfeuers auf den Kopf – Pjotr Iwanowitsch Kot, der 71 Jahre alt war. Das barbarische Feuer wurde in dem Moment eröffnet, als der Mann sich im Hof des eigenen Hauses mit seiner Hauswirtschaft befasste.

Äußerst zynisch ist, dass die BFU mehrere Stunden lang zielgerichtet das Feuer auf diesen Sektor eröffneten und damit die Arbeit der Bergungsgruppe behinderten. Leider ist das Vergießen von Blut friedlicher Bürger das, was Kiew einen „präzedenzlosen Erfolg“ nennt. Wir merken an, dass dies der erste Todesfall eines Zivilisten seit dem 27. Juli 2020 – dem Tag des Inkrafttretens der Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung – ist. Mehr noch, gerade in Alexandrowka war das letzte Opfer durch die militärische Aggression der BFU vor Inkrafttreten der Vereinbarungen festzustellen – am 22. Juni 2020 starb in der



Ortschaft ein Mann infolge des Beschusses eines Wohngebiets mit einem Granatwerfer. Die Situation war analog zu heutigen – lange Zeit nicht endendes Feuer der BFU behinderte die Bergung des Toten.

Alexandrowka ist eine der Ortschaften, die am häufigsten unter das Feuer der BFU geraten. Allein in zwei Monaten dieses Jahres wurden dort zwei zivile Einwohner verletzt, auch durch Scharfschützenfeuer, sie wurden in ein und dem selben Abschnitt im Abstand von weniger als einem Monat verletzt.

Der zielgerichtete und vorsätzliche Mord an einem friedlichen, unbewaffneten alten Menschen ist ein Kriegsverbrechen, dass keine Verjährungsfrist hat.

Wir werden weiter mit verdoppelter Kraft mit allen uns zugänglichen Mitteln versuchen, von der Ukraine die Rückkehr zu den von ihnen unterzeichneten Vereinbarungen zu erreichen, zur Umsetzung des Maßnahmepakets zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung vom 22. Juli 2020, unter anderem die den genannten Maßnahmen entsprechende und wegen der Positionen der Ukraine eingebrachten Vorschläge zur Detaillierung des Koordinationsmechanismus anzunehmen.

**nachmittags:**

snews.de: **Vietnam gibt grünes Licht für russischen Corona-Impfstoff „Sputnik V“**  
Vietnam hat den russischen Impfstoff gegen Covid-19 „Sputnik V“ genehmigt. Damit ist das Vakzin bereits in 56 Ländern zugelassen. Das folgt aus einer Mitteilung des russischen Fonds für Direktinvestitionen (RDIF).

„Der RDIF macht die Entscheidung des Gesundheitsministeriums der Sozialistischen Republik Vietnam öffentlich, den russischen Corona-Impfstoff „Sputnik V“ zu genehmigen“, heißt es.

Vietnam sei das 56. Land der Welt, das den Einsatz von „Sputnik V“ zugelassen habe. Die Registrierung sei im Rahmen einer Notfallzulassung (Emergency use authorization, EUA) erfolgt. Somit sei der Impfstoff „Sputnik V“ in Ländern mit einer Gesamtbevölkerung von mehr als 1,5 Milliarden Menschen zugelassen, betonte der Fonds.

Nach der Anzahl der erhaltenen Genehmigungen durch staatliche Aufsichtsbehörden rangiere das Vakzin weltweit auf Platz zwei.

Anfang Februar hatte das medizinische Fachjournal „The Lancet“ die Ergebnisse der Phase III der klinischen Studien von „Sputnik V“ veröffentlicht, die seine hohe Wirksamkeit und Sicherheit bestätigen. Während der Phase III der klinischen Studien zeigte „Sputnik V“ eine hohe Wirksamkeit, Immunogenität und Sicherheit - die Wirksamkeit des Impfstoffs liegt bei 91,6 Prozent. Das Serum bietet einen vollständigen Schutz vor schweren Fällen der Coronavirus-Infektion.



[https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/17/1407133\\_0:124:3202:1925\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_98ded24fcddcbb7444009f5975a7f3d2.jpg](https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/17/1407133_0:124:3202:1925_1440x0_80_0_0_98ded24fcddcbb7444009f5975a7f3d2.jpg)

### de.rt.com: **Russische Militärpioniere sprengen Terroristenhöhle in Syrien**

Russische Militärpioniere haben in Syrien eine von Terroristen verlassene Höhle zerstört. Die Extremisten benutzten diese als Lebensmittel- und Medikamentenlager. Einheimische mieden über längere Zeit die Gegend aus Angst vor den Terroristen.

Russische Militärpioniere haben an der Grenze der syrischen Provinzen Idlib und Hama eine Höhle gesprengt. Dabei handelte es sich um einen künstlichen Bau, den Terroristen bereits im Jahr 2018 verlassen hatten. Die Extremisten hatten die Höhle als Deckung sowie als Lebensmittel- und Medikamentenlager benutzt. Zuvor hatte das russische Militär im laufenden Jahr in dieser Gegend schon ein ehemaliges Feldlazarett der Terroristen zerstört. Wie Oberst Roman Bessmertny, Befehlshaber der russischen Pioniertruppen in Syrien, mitteilte, habe es im unterirdischen Bau vier Kammern gegeben, in denen 20 bis 30 Kämpfer der Terrorgruppen Jaysh al-Izza und Al-Nusra-Front Platz hätten finden können. Der größte Raum hätte einen Lkw beherbergen können.

Der Höhlenkomplex befand sich in einer von Hügeln flankierten Niederung und war gut vor Artillerie- und Luftangriffen geschützt. Die Extremisten hatten dort sogar Strom. Die von ihnen ausgehobenen Tunnel waren so resistent, dass selbst eine 500 Kilo schwere Luftbombe der Einrichtung nichts antun konnte, während in der Gegend noch gekämpft wurde. Obwohl die Terroristen das Gebiet schon im Jahr 2018 verlassen hatten, machten die Einheimischen einen großen Bogen um den Ort aus Angst, die Terroristen könnten dort Sprengsätze versteckt haben. Nun ist die Gegend wieder sicher.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6059bad248fbef160a5d6eb6.jpg>

### armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 23.03.2021**

In den letzten 24 Stunden, vom 22. auf den 23. März, hat der Gegner den Beschuss des Territoriums der Republik aktiviert und dabei schwere und Scharfschützenwaffen eingesetzt. In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 3. Bataillons der 28. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Martschenko das Scharfschützenfeuer auf ein Wohngebiet von **Alexandrowka** eröffnet.

Infolge des hinterhältigen Beschusses erlitt **ein 71 Jahre alter Einwohner** der Republik im Hof seines eigenen Hauses in der Tscheljukinzew-Straße **eine tödliche Verletzung**. Es muss angemerkt werden, dass das Feuer zielgerichtet erfolgte und dem ukrainischen Scharfschützen vollständig bewusst war, auf wen er schoss.

Das Kommando der OOS hat Versuche unternommen, die Aufmerksamkeit vom Mord an

einem friedlichen Einwohner abzulenken und hat die Anweisung zu m Beschuss der Positionen der Volksmiliz im Gebiet des **Donezker Flughafens** gegeben, wonach Kämpfer des 16. Bataillons der 58. Brigade von den Positionen im Gebiet von Peski aus 12 120mm-Mörsergeschosse abfeuerten.

Mit Trauer teilen wir mit, dass infolge der ukrainischen Aggression **zwei Verteidiger der Republik starben**. Wir bringen den Verwandten und Freunde der getöteten Soldaten unser aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck.

Wir empfehlen den Kämpfern der BFU von der Ausführung verbrecherischer Befehle ihrer Kommandeure Abstand zu nehmen, weil wir im Fall einer offenen Gefahr für Leben und Gesundheit der Einwohner gezwungen sein werden, das Feuer zu erwidern, um die Feueraktivität des Gegners zu unterdrücken. Wir erinnern daran, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit keine Verjährungsfrist haben und jeder Verbrecher die verdiente Strafe erhalten wird.

Statt den ukrainischen Kämpfer, der des Mordes an einem friedlichen Einwohner schuldig ist, was selbst nach dem Strafrechtskodex der Ukraine als Verbrechen gesehen wird, zu finden und zu bestrafen, versucht das Kommando der OOS die Verantwortung von sich abzuschieben und erklärt traditionell zynisch seine nicht vorhandene Beteiligung am Mord an dem Zivilisten.

Diese Position des ukrainischen Besatzungskommandos verwundert überhaupt nicht. In sieben Jahren der Vernichtung der Zivilbevölkerung sind die ukrainischen Kämpfer echte Professionelle bei der Rechtfertigung der von ihnen begangenen Verbrechen geworden. Der Tod von zwei Soldaten und einem Zivilisten am gestrigen Tag ist eine deutliche Bestätigung dessen, dass für die ukrainischen Kämpfer sich alle auf der entgegengesetzten Seite befindenden Menschen Ziele und Objekte zur Vernichtung sind.

Wir wenden uns an die Führung der OSZE-Mission mit der nachdrücklichen Bitte, das von den ukrainischen Kämpfer begangene Verbrechen nicht ohne die notwendige Aufmerksamkeit und eine entsprechende Reaktion zu lassen. Die Straflosigkeit der ukrainischen Verbrecher bringt Gewalt gegen unschuldige Menschen hervor.

**Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter**, indem sie die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission blockiert. So wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung verbotener Waffen der 72. und 53. Brigade zu verhindern, Stationen der Funkblockade „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung in den Gebieten von Wesjoloje und des Trennungsabschnitts „Petrowskoje“ eingesetzt wurden.

Außerdem wurde im Verantwortungsbereich der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Lebedinskoje die Aktivität einer Drohne der ukrainischen Streitkräfte vom Typ Quadropter bemerkt, die visuelle Kontrolle über die Arbeit der Beobachter der OSZE-Mission auf ihren Routen betrieb.

Nach Angaben unserer Quellen wurden, um die verbrecherischen Handlungen im Verantwortungsbereich der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ zu rechtfertigen außerplanmäßig drei ukrainische Fernsender – „UA Donbass“, „Ukraina 24“ und „Inter“ – zur Erstellung von Videoreportagen, die die Einheiten der Volksmiliz der DVR diskreditieren, entsandt. Die Betreuung und Vorbereitung der Reportagen liegt beim Kommandeur der Gruppierung Sodol. Wir schließen eine Verschärfung an der Kontaktlinie und eine Zunahme der Zahl der provokativen Beschüsse während der Arbeit der ukrainischen Journalisten nicht aus.

**de.rt.com: US-Regierung erhöht Druck: An Nord Stream 2 beteiligte Unternehmen sollen Arbeit "sofort einstellen"**

Die Biden-Regierung macht da weiter, wo die Trump-Administration aufhörte. Die Gaspipeline muss gestoppt werden, um die nationalen Interessen auch der europäischen

Verbündeten nicht zu gefährden. US-Außenminister Blinken will dem deutschen Außenminister nun ins Gewissen reden.

Geht es um die geopolitischen Energieinteressen der Vereinigten Staaten, passt kaum ein Blatt Papier zwischen der neuen Biden-Administration und der von Vorgänger Donald Trump. Dies lässt sich vor allem an der Erdgaspipeline Nord Stream 2 nachvollziehen.

Seit Jahren gilt Washington als vehementer Kritiker des Projektes. Dabei gibt man vor, die Interessen der EU zu vertreten. Denn es sei zu befürchten, dass die involvierten Regierungen sich blauäugig in zu große Abhängigkeit des gemeinsamen mutmaßlichen Erzrivalen Russland begeben. Das widerspreche wiederum nicht nur den nationalen US-Interessen, sondern auch denen der "europäischen Partner".

Auch unter Biden wächst der Druck auf die Verbündeten und Partner daher unvermindert weiter. Wie berichtet wird, lässt die US-Regierung nun Informationen über Unternehmen auswerten, die am Vorhaben beteiligt sind. Dies geht aus jüngsten Aussagen von US-Außenminister Antony Blinken hervor.

"Jedes Unternehmen, das an der Nord-Stream-2-Pipeline beteiligt ist, riskiert US-Sanktionen und sollte die Arbeit an der Pipeline sofort einstellen."

Blinken fügte hinzu, dass sich auch die Biden-Administration verpflichtet fühle, die 2019 und 2020 eingeführten Sanktionen in Bezug auf die Pipeline einzuhalten.

Nicht ungewöhnlich für Belange der "nationalen Sicherheit" sind US-Demokraten und Republikaner im Widerstand gegen Nord Stream 2 vereint. Ausdruck fand dies nun in einer wohlwollenden Geste des republikanischen US-Senators Ted Cruz. Dieser gilt als einer der schärfsten Kritiker des Pipelineprojektes. Kurz nach Blinkens Aussage zog Cruz sein Veto gegenüber zwei Wunschkandidaten von US-Präsident Biden zurück, darunter William Burns für den Posten als Direktor der Central Intelligence Agency (CIA).

Der texanische Senator ergänzte, dass er seinen Widerstand gegen die zweite Nominierung Bidens, die Diplomatin Wendy Sherman, aufrechterhalten werde, bis die Regierung auch Schiffe und weitere am Projekt beteiligte Unternehmen vollumfänglich sanktioniere.

Nicht nur für den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump handelt es sich bei der Verlegung der Gaspipeline um einen "schlechten Deal". Gleicher Ansicht ist nach Aussage Blinkens auch Trumps Nachfolger Biden.

Das in diesem Jahr in Kraft getretene US-Sanktionsregime sieht Strafmaßnahmen für Unternehmen vor, die an der Verlegung der Pipeline beteiligt sind oder Versicherungen bzw. Zertifizierungen für den Bau anbieten. Fast 20 Unternehmen, zumeist Versicherungsfirmer, sind infolge von Sanktionsandrohungen bereits aus dem Projekt ausgestiegen.

Die Regierung Biden erwägt zusätzliche Sanktionen, um den Bau der fast fertiggestellten Pipeline auf den letzten Metern doch noch zu verhindern. Demzufolge erwägt man nun, auch gegen die Muttergesellschaft des Projektes, die Nord Stream 2 AG vorzugehen.

Am Dienstag wiederholte US-Außenminister Blinken die Position seiner Regierung, wonach die Verlegung der Nord-Stream-2-Pipeline von Russland nach Deutschland den eigenen Interessen der Europäischen Union, aber auch der Ukraine untergrabe. Bei seinem ersten Europabesuch als neuer US-Außenminister erklärte Blinken in Brüssel, er werde sich mit seinem deutschen Amtskollegen am Rande der NATO-Tagung treffen, um das Thema zu besprechen.

Mit ihren beiden rund 1.230 Kilometer langen Leitungssträngen gilt Nord Stream 2 als bereits zu 90 Prozent fertiggestellt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6059e01348fbef1641620b7b.JPG>

### de.rt.com: **Russland und China einig: Abkopplung vom westlich dominierten globalen Zahlungsverkehr**

Als Antwort auf die Drohung mit härteren Sanktionen rücken Moskau und Peking näher zusammen. Sie wollen mehr Unabhängigkeit vom Finanzsystem. Eine wirtschaftliche Sensation bahnt sich an: ein russisch-chinesisches Zahlungsabkommen.

Der westliche Druck auf China und Russland nimmt zu. Nun bereiten Peking und Moskau die Abkopplung vom westlich dominierten globalen Zahlungsverkehr vor. Der russische Außenminister Sergei Lawrow kündigte am Montag bei einem Staatsbesuch im chinesischen Guilin an, dass beide Staaten das Sanktionsrisiko verringern könnten, wenn sie ihre finanzielle Unabhängigkeit stärken würden. Gemeint war ausdrücklich auch ein Abkoppeln von westlichen Zahlungssystemen. Bei einem Treffen mit seinem chinesischen Amtskollegen Wang Yi tauschten sich die beiden auch über den jüngsten chinesischen Besuch beim neuen US-Außenminister Antony Blinken aus. Lawrow sagte:

"China und Russland wollen nun ihre technologische Unabhängigkeit stärken und auf Abrechnungen in nationale Währungen und in Weltwährungen umsteigen, die eine klare Alternative zum Dollar sind."

Die Systeme, die vom Westen kontrolliert werden, sollten nicht mehr eingesetzt werden. Lawrow glaubt, die USA sähen ihre Aufgabe darin, die Möglichkeiten der technologischen Entwicklung sowohl der Russischen Föderation als auch der Volksrepublik China einzuschränken. Der Sprecher von Russlands Präsident Wladimir Putin, Dmitri Peskow, betonte: "Der Kreml ist in Alarmbereitschaft."

Auch sei nicht mehr auszuschließen, dass Russland im Zuge neuer US-Sanktionen vom in Brüssel ansässigen weltweiten Zahlungsverkehrsdienstleister Swift ausgeschlossen werde. Peskow sagte:

"Wir können keine der potenziellen Bedrohungen ausschließen. Wir sehen, dass die Sanktionsbestrebungen unserer Gegner, insbesondere der USA, weiter zunehmen." Washington sei unberechenbar. Der stellvertretende Vorsitzende des Moskauer Sicherheitsrats Dmitri Medwedjew erklärte, Russland habe bereits einen Aktionsplan für den Fall eines Abschaltens von Swift für russische Finanzinstitute ausgearbeitet.

Das Abschalten von Swift für Banken eines anderen Landes nannte der Chef der russischen Staatsbank VTB, Andrej Kostin, vor einiger Zeit in einem Interview mit dem Handelsblatt die "finanzielle Atombombe".

Auch Ex-US-Präsident Donald Trump hatte nach dem einseitigen Ausstieg aus dem internationalen Atomabkommen mit Teheran 2018 die Swift-Banken unter Druck gesetzt. Diese sollten iranische Banken vom Zahlungssystem ausschließen. Seither sind westliche

Finanzabwicklungen mit dem Iran kaum noch möglich.

Russland und China haben bereits eigene Kreditkartenfirmen gegründet. Seitdem sind sie von US-Marktführern wie Visa und Mastercard unabhängig.

Eine Sprecherin des chinesischen Außenministeriums betonte: "China und Russland sind bereits jetzt sehr enge Partner. Die Entwicklung der russisch-chinesischen Beziehungen sei nicht gegen ein bestimmtes Land gerichtet."

Die Beziehungen seien offen und ehrlich, im Gegensatz zu Beziehungen zu einzelnen Ländern, die sich zusammentun und eigene Hintergedanken oder versteckte Agenden oder sogar Verschwörungen verfolgen.

Der Kreml nennt die Beziehungen zu China und die gemeinsame militärische Kooperation im Rahmen des "Schanghai-Abkommens" sogar "strategisch".



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6059ef25b480cc60232610d2.JPG>

### Mil-Inr.info: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Nach Angaben der Beobachter der Vertreter der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

Im Verantwortungsbereich der 59. Brigade wurde die Stationierung von einem Schützenpanzer in der Frunse-Straße in Troizkoje festgestellt.

Im Verantwortungsbereich der 80. Brigade wurden zwei Schützenpanzerwagen in einem Wohngebiet von Staniza Luganskaja festgestellt....

Unter den verbrecherischen Plänen der ukrainischen Kommandeure leiden nicht nur ihre Untergebenen, sondern auch Bürger, die auf dem von den ukrainischen Streitkräften besetzten Territorium leben.

Am 22. März geriet in dem besetzten Dorf Orechowo-Donzkoje im Bezirk Nowoajdar ein 42 Jahre alter Einwohner der Ortschaft in seiner eigenen Scheune auf einen Sprengsatz und erlitt zahlreiche Splitterverletzungen an der linken Hand und am Unterschenkel.

Mitarbeiter der Nationalpolizei, die am Ort des Geschehens eintrafen, stellten fest, dass der Verletzte nach längerem Aufenthalt bei Verwandten in der Oblast Charkow nach Hause zurückgekehrt war und seinen Besitz in baufälligem Zustand vorfand, nachdem dort gesetzwidrig Kämpfer der 14. Brigade einquartiert worden waren.

Als er alles in Ordnung brachte, geriet der Mann auf einen Sprengsatz der den Zugang zu einem Versteck mit Waffen und Munition, das von Soldaten des 2. Bataillons des Verbandes eingerichtet worden war, abspernte.

Es wurde ein Strafverfahren eingeleitet, es laufen Ermittlungsmaßnahmen. In dem Versteck

wurden 8 AK-47-Maschinenpistolen, 2160 Patronen, 3 Granatwerfer, 18 F1- und RGD-5-Granaten entdeckt.

Derzeit gegeben der Bataillonskommandeur Kutscher und seine Untergebenen Erklärungen zu dem Diebstahl von Material sowie Verursachung von schwerem Schaden an der Gesundheit eines Zivilisten ab.

#### snews.de: **Streit wegen Sputnik V in Slowakei: Wirtschaftsminister Sulík tritt zurück**

Der slowakische Wirtschaftsminister Richard Sulík hat in einer Pressekonferenz am Montag seinen Rücktritt bekannt gegeben. Im Gegenzug erwartet er nach eigenen Worten, dass auch der Regierungschef Igor Matovič nun zurücktrete.

„Ich habe mein Rücktrittsgesuch bei der Präsidentin der Republik (Zuzana Čaputová) bereits eingereicht. Jetzt hat Matovič die Chance, sein Versprechen zu erfüllen“, so Sulík in einer Pressekonferenz.

Zuvor hatte Matovič erklärt, er sei bereit, auf seinen Posten zu verzichten. Zur Bedingung machte er unter anderem, dass vier weitere Politiker, darunter auch Sulík, ebenfalls zurücktreten.

Die slowakische Regierung steckt derzeit in einer schweren Krise. Ausgelöst wurde sie durch den Streit um das richtige Corona-Krisenmanagement. Der Konflikt zwischen den Koalitionspartnern spitzte sich zu, nachdem Matovič gegen einen offiziellen Regierungsbeschluss den in der EU nicht zugelassenen Impfstoff Sputnik V aus Russland bestellt hatte. Die erste Lieferung von 200.000 Dosen nahm Matovic gemeinsam mit seinem inzwischen zurückgetretenen Gesundheitsminister persönlich in Empfang.



[https://cdn.snews.de/img/07e5/03/17/1409576\\_0:160:3073:1888\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_56f44c75badfe346af6118616046e567.jpg](https://cdn.snews.de/img/07e5/03/17/1409576_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_56f44c75badfe346af6118616046e567.jpg)

#### deu.belta.by: **Busowski: Massenmedien werden zum Faktor für Gewährleistung der nationalen Sicherheit**

Die Massenmedien haben sich heute zu einem Faktor für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit etabliert. Das sagte Vize-Informationsminister Igor Busowski auf der internationalen Konferenz zum Thema „Historische Erinnerung und Patriotismus als grundlegende Werte der belarussischen Gesellschaft und des Staates, Faktoren der Konsolidierung angesichts moderner Herausforderungen und Bedrohungen.“

„In Krisenzeiten sind die Menschen sehr beeinflussbar, sie reagieren leicht auf neue Anreize und Ideen und lassen sich schneller durch Medien beeinflussen. Der Informationsaustausch in der modernen Gesellschaft zeichnet sich durch eine extrem hohe Schnelligkeit und Intensität aus. Die Sozialen Netzwerke und die Nachrichtenportale spielen eine dominierende Rolle als Informationsquellen“, sagte Igor Busowski. „Die belarussische Medienlandschaft ist

facettenreich und mannigfaltig. Die staatlichen Medien haben daran einen Anteil von 30 Prozent. Das spricht davon, wie wichtig es ist, die historische Erinnerung zu bewahren und die staatliche Informationspolitik im Allgemeinen zu fördern“.

Es gibt allen Grund, über die neue Zielorientierung der Medien zu sprechen. Die traditionellen Funktionen Information, Bildung und Übertragung werden durch Beeinflussung und gezielte Einwirkung abgelöst. „So sind die Medien nicht mehr als Informationsmittel, sondern als Mittel der Massenbeeinflussung anzusehen. Sie haben sich zu einem der Faktoren für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit des Landes etabliert. Will die Gesellschaft ihre Identität und historische Kontinuität bewahren, sollte sie diese Definition von Massenmedien akzeptieren“, sagte der stellvertretende Minister.

In Belarus wird viel für die historische Erinnerung getan. „Die Aufgabe der Medien besteht darin, über diese große Arbeit breit und öffentlich zu informieren, der Hauptadressat sind junge Menschen und die heranwachsende Generation. Gefragt ist ein Miteinander von Familie, Schule, Medien, Parlament und Wissenschaft“, sagte er.

Die internationale wissenschaftlich-praktische Konferenz „Historische Erinnerung und Patriotismus als grundlegende Werte der belarussischen Gesellschaft und des Staates, Faktoren der Konsolidierung angesichts moderner Herausforderungen und Bedrohungen“ fand in der Repräsentantenkammer der Nationalversammlung statt. Sie setzte sich mit den Fragen der Bewahrung der historischen Erinnerung und der patriotischen Erziehung in Belarus auseinander. An der Veranstaltung nahmen Parlamentarier, Vertreter der Exekutive, Wissenschaftler, Studenten und ausländische Gäste teil.

Die Konferenz wurde unter Beteiligung der Nationalen Akademie der Wissenschaften und der Akademie für öffentliche Verwaltung vorbereitet.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2021/000022\\_1616506429\\_56559\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1616506429_56559_big.jpg)

### de.rt.com: **Russland: Keine Gründe für Lockdown und erste Lieferungen des dritten Impfstoffes ab Ende März**

Die russische Vize-Ministerpräsidentin für Bildung, Gesundheit und Sozialpolitik Tatjana Golikowa hat in einem Interview die Themen Coronavirus und Impfstoffe besprochen. Golikowa äußerte ihren Stolz auf die russische Wissenschaft und erklärte, sie sei gegen zwanghafte Impfung.

Die Vize-Ministerpräsidentin für Bildung, Gesundheit und Sozialpolitik Tatjana Golikowa hat Richtlinien im Bereich Pandemie in Russland in einem Interview auf dem YouTube-Kanal Antonimy erörtert. Golikowa betonte, dass Russland über langjährige Erfahrung bei Impfungen verfüge und zwanghafte Impfungen eher unvernünftig sein würden:

"Wir haben uns bereits an freiwillige Impfungen gewöhnt. Ich denke, es wäre falsch, jetzt die



Bevölkerung zu zwingen, sich impfen zu lassen oder zu Hause zu bleiben, wenn man nicht geimpft ist. Dies ist schon allein falsch, weil alle Menschen unterschiedlich sind."

Tatjana Golikowa sprach auch die Politisierung um russische Impfstoffe an. Die Vize-Ministerpräsidentin für Bildung, Gesundheit und Sozialpolitik versicherte, alle in Russland entwickelten Impfstoffe sind sicher und wirksam:

"Dies ist unsere Leistung, dies ist unser Vorzug, dies ist schließlich eine Einschätzung unserer Wissenschaft, die man ständig versucht hat, herabzusetzen und zu sagen, dass wir zu nichts fähig sind. Wir sind fähig. Wir haben ziemlich viel Erfahrung in dieser Richtung."

Überdies erklärte Golikowa, dass Sputnik V bereits massenhaft produziert wird. Sie präzisierte, dass im April mehr als zwölf Millionen Dosen des Sputnik-V-Impfstoffes für die Bürger freigegeben würden. Ihr zufolge beginnt Russland Ende März mit der gleichen massiven Einführung des EpiVacCorona-Vakzins. Bereits eine halbe Million werde in den zivilen Verkehr gelangen. Sie betonte, dass etwa am 28. März ebenfalls die ersten Lieferungen von CoviVac folgen. Überdies legte Tatjana Golikowa offen, dass sie selbst mit EpiVacCorona geimpft wurde und keine Nebenwirkungen erlitt.

Unterdessen gab die Vize-Ministerpräsidentin für Bildung, Gesundheit und Sozialpolitik bekannt, dass die dritte Welle in Russland nicht erwartet werde, eher eine geringe Zunahme der Inzidenz. In diesem Zusammenhang sieht Tatjana Golikowa keine Gründe für einen Lockdown. Dies machte sie im Vergleich mit anderen Ländern wie folgt deutlich:

"Einer der Gründe für diese Entwicklung ist übrigens, dass andere Länder dauerhaft geschlossen wurden. Die Leute blieben zu Hause, sie gingen nicht aus, sie sind steril im Sinne des Virus. Sie gehen raus – und sie werden infiziert."

Tatjana Golikowa hält für die größte Errungenschaft Russlands im Jahr 2020 die Bündelung der Bemühungen angesichts der Gefahr der Pandemie. Das ganze Land und zwar Leitfiguren in den Regionen, das medizinische System und die Industrie hätten die Eindämmung der Coronavirus-Verbreitung ermöglicht, so Golikowa.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6059f7d4b480cc52ba70b326.jpg>

**Dnronline.su: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin übergab heute die Medaillen „Goldener Stern“ der Witwe des Hauptmanns Sergej Nosowskij, dem der Rang eines Helden der Donezker Volksrepublik zuerkannt worden war, außerdem übergab er der 19jährigen Tochter des gefallenen Gardeunterfeldwebels Wladimir Pjatak ein Georgskreuz IV. Stufe.**

„Es ist unmöglich mit Worten das ganze Leid und den Schmerz des Verlustes der Verwandten auszudrücken. Es ist sehr schwer, Auszeichnungen postum zu übergeben, aber wir erinnern und an all unsere Helden namentlich und werden uns immer erinnern. Dabei sind wir verpflichtet, den Familien der für die Heimat Gefallenen zu helfen und in diesem konkreten

Fall wird auch alle notwendige Unterstützung erfolgen“, sagte Denis Puschilin. Das Staatsoberhaupt sprach auch mit den Soldaten der Einheit, wo die Toten gedient hatten. „In dem Truppenteil ist der Kampfgeist groß. Es gibt Soldaten, die schon mit den Kundgebungen und Barrikaden im Frühjahr 2014 begonnen haben. Einer der Soldaten erzählte, wie er in der Umzingelung des Gebäudes des Oblastverwaltung (heute das Haus der Regierung) stand, als Kiew nach der Ausrufung der Unabhängigkeit der Republik einen erfolglosen Versuch unternahm, die Aktivisten gewaltsam auseinanderzutreiben. Damals schwankte er nicht und jetzt widerstehen wir seit langem. Mit solchen Verteidigern ist es unmöglich, nicht zu siegen!“, unterstrich Denis Puschilin.



[https://dnronline.su/wp-content/uploads/2021/03/photo\\_2021-03-23\\_16-22-43-1026x684.jpg](https://dnronline.su/wp-content/uploads/2021/03/photo_2021-03-23_16-22-43-1026x684.jpg)

#### snanews.de: **Deutschland zitiert Chinas Botschafter zu Gespräch ins Auswärtige Amt**

Deutschland hat wegen der von China erlassenen Sanktionen gegen deutsche Politiker und Wissenschaftler den chinesischen Botschafter in Berlin ins Auswärtige Amt zitiert.

Man habe auf ein Gespräch bestanden, weil man sehr deutlich machen wollte, dass die Sanktionierung von Abgeordneten und Wissenschaftlern absolut nicht nachvollziehbar sei, erklärte Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) am Dienstag am Rande eines Nato-Treffens in Brüssel.

Die EU hatte am Montag zum ersten Mal seit mehr als drei Jahrzehnten wieder Sanktionen gegen China wegen Verletzungen der Menschenrechte verhängt. Sie richten sich gegen Verantwortliche für die Verfolgung der Uiguren in der Region Xinjiang in Nordwestchina. Als Reaktion kündigte die Regierung in Peking umgehend Gegensanktionen gegen europäische Politiker, Experten und Institutionen an.

Wegen der EU-Sanktionen gegen chinesische Verantwortliche für die Unterdrückung der Uiguren hatte das Außenministerium in Peking den EU-Delegationschef einbestellt. Wie das Ministerium am Dienstag mitteilte, sei Nicolas Champus schon am Vortag der chinesische Protest übermittelt worden. Vizeaußenminister Qin Gang habe bei dem Gespräch darauf verwiesen, dass sich die Strafmaßnahmen auf „Lügen und Falschinformationen stützen“. Die Europäische Union sei nicht qualifiziert, sich als Menschenrechtslehrer aufzuspielen. China dränge die EU, die Ernsthaftigkeit dieses Fehlers anzuerkennen, ihn zu korrigieren und die Konfrontation zu beenden, „um den chinesisch-europäischen Beziehungen nicht mehr Schaden zuzufügen“, hieß es weiter.

Maas erwiderte am Dienstagnachmittag in Brüssel: „Während wir Menschenrechtsverletzungen sanktionieren, sanktioniert Peking die Demokratie und ihre Institutionen und das können wir so nicht akzeptieren.“



[https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/14/232126\\_0:218:2761:1771\\_1440x0\\_80\\_0\\_0\\_a5691f9851a0a60cf7bd23ed9f33fc47.jpg](https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/14/232126_0:218:2761:1771_1440x0_80_0_0_a5691f9851a0a60cf7bd23ed9f33fc47.jpg)

de.rt.com: **Kreml: Russland ist auf Möglichkeit vorbereitet, von SWIFT ausgeschlossen zu werden**

Angesichts der zunehmenden antirussischen Sanktionen, insbesondere aus den USA, schließt die russische Führung die Möglichkeit nicht aus, dass Russland vom SWIFT-Finanznetzwerk ausgeschlossen werden könnte. Darauf wies Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten, am Montag gegenüber Reportern hin. Auf die Frage, ob der Kreml eine mögliche Abkopplung Russlands vom globalen Zahlungssystem als eine ernsthafte Bedrohung ansehe, antwortete Peskow:

"Wir können keine der möglichen Bedrohungen ausschließen. Diese Aktionen sind unvernünftig und unvorhersehbar, daher verpflichtet uns diese Situation natürlich, auf der Hut zu sein."

Washington droht seit Jahren damit, Russland von der Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication (SWIFT) auszuschließen. Moskau reagierte darauf mit der Schaffung einer inländischen Alternative zum Zahlungssystem namens System for Transfer of Financial Messages (SPFS). Es soll mit dem chinesischen grenzüberschreitenden Interbank-Zahlungssystem CIPS und Indiens zukünftigem Zahlungsmechanismus verbunden werden. Das russische Zahlungssystem wird auch mit dem iranischen SEPAM zusammenarbeiten, da iranische Banken seit dem Jahr 2018 keinen Zugang zu SWIFT haben, nachdem die USA ihre Sanktionen gegen Teheran wiedereinführten.

SWIFT ist ein globales Finanznetzwerk für den grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr. Es hat seinen Sitz in Belgien, sein Vorstand besteht jedoch aus Führungskräften von US-Banken, wobei US-Bundesgesetze es dem Weißen Haus erlauben, gegen Banken und Regulierungsbehörden auf der ganzen Welt vorzugehen. SWIFT unterstützt die meisten Interbank-Nachrichten und verbindet über 11.000 Finanzinstitute in mehr als 200 Ländern und Territorien. Die Europäische Union arbeitet zurzeit ebenfalls an einer Alternative zu SWIFT. Das von Deutschland geförderte Projekt soll Brüssel helfen, die US-Sanktionen gegen den Iran zu umgehen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/6059a9c048fbef164b4dbcb3.JPG>